

# Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 26. Juni 2024

## Politisches Berlin tappt im Dunkeln

Wolfgang Steiger

kritisiert, dass in den Reihen der Sozialdemokraten der dringende Reformbedarf in der Wirtschafts- und Sozialpolitik weiterhin negiert wird.

In genau einer Woche tagt das Bundeskabinett zum letzten Mal vor der Sommerpause. Dann sollte der Bundeshaushalt 2025 so weit stehen, dass das Kabinett die Eckdaten verabschieden kann. Doch bisher tappt das politische Berlin weiterhin im Dunkeln und fragt sich allmählich, ob das mit dieser Bundesregierung noch klappen kann. Aus den Parlamentsbüros ist zu hören, dass auch die beiden Tage danach für Abstimmungen zum Haushaltsentwurf reserviert sind. Hier zeigt sich jetzt noch einmal sehr deutlich, wie unüberbrückbar die Denkschulen der drei Ampel-Parteien sind. Mit dem Ergebnis: Der Kanzler steht gegen seine Partei, die Grünen wollen die komplette Abschaffung der Schuldenbremse, die FDP hat bei einem Fall der Schuldenbremse die Linie für ihren Ausstieg aus der Ampel markiert.

Klar ist jedoch: Eine dauerhaft funktionierende freiheitliche Ordnung muss zwingend auf soliden Staatsfinanzen fußen. Die Schuldenbremse soll genau das sicherstellen und die Politik dazu zwingen, Staatsaufgaben zu priorisieren. Sie erlaubt ausdrücklich bei von staatlichen Institutionen nicht planbaren, unvorhersehbaren Situationen befristet eine höhere Kreditaufnahme. Deshalb darf an dieser Grundfeste der sozialen Marktwirtschaft auch mit Blick auf die nachfolgenden Generatio-



Der Gastautor ist Generalsekretär des Wirtschaftsverbandes der CDU. Der unternehmerische Berufsverband vertritt mehr als 12 000 Mitglieder.

nen nicht gerüttelt werden.

Dass so kurz vor der geplanten Verabschiedung im Kabinett die Spitzen der Regierung täglich beraten müssen, ist ein Symptom für das Chaos in der Ampel. Schon bei vielen Themen konnten nur unter dem Druck des drohenden Machtverlusts wenig tragfähige Kompromisse erzielt werden. Beim Haushalt geht es nun an Eingemachte: Kann die Bundesregierung überhaupt noch wenigstens in Grundsätzen ein gemeinsames Verständnis aufbringen?

Wenn die SPD jetzt auch mit allen Flügeln über eine „Haushaltsnotlage wegen des Ukrainekriegs“ die Aufweichung der Schuldenbremse erzwingen will und gegen das „Dogma der schwarzen Null“ wettet, „das Stillstand und wirtschaftliche Unvernunft“ bringe, demonstriert sie eindrucksvoll ihr

ökonomisches Unverständnis. Robert Habecks Grüne halten die Schuldenbremse sowieso für ein Relikt aus alten Zeiten. Dies ist ein Zeichen dafür, dass der dringend notwendige Reformbedarf in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Ampel-Koalition trotz der schlechten Konjunkturaussichten weiterhin negiert wird. Die grundgesetzlichen Verschuldungsspielräume werden maximal ausgereizt – und bei Rekordausgaben für Soziales und Subventionen kann man ganz sicher nicht von einem „Sparhaushalt“ der Bundesregierung reden. In aller Klarheit: Es fehlt dem Staat augenscheinlich nicht an Geld, sondern es fehlt an Politikern, die mit dem Geld der Bürger verantwortungsvoll und effizient umgehen können und wollen.

Der Staat muss sich in der Wirtschaftspolitik wieder um Rahmenbedingungen kümmern, die Unternehmen die Luft zum Atmen lassen, statt eine teure, interventionistische und meist wenig erfolgreiche Industriepolitik à la Frankreich zu betreiben. Ebenso ist eine Diskussion über die Finanzierbarkeit und die Anreizwirkung des Sozialstaats unvermeidlich. Die Forderung des Bundesfinanzministers für ein Moratorium bei der Ausweitung von Sozialleistungen geht in die richtige Richtung und kann gemeinsam mit einem kontrollierten Herunterfahren der Leistungen des Bürgergelds einen Beitrag leisten.